

# Bürgerinitiativen wollen Kräfte bündeln

Druck auf Rathaus und Verwaltung soll erhöht werden / Treffen nach den Sommerferien geplant



Viele sind zum ersten Mal überhaupt in ihrem Leben bei einer Protestveranstaltung dabei. Wie den Anwohnern der Blumenthaler Turnerstraße vor gut zwei Wochen geht es zurzeit vielen Menschen in Bremen-Nord.

FOTO: VOLKER KÖLLING

**Im Bremer Norden schießen Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden. Immer häufiger erleben Bürger, dass die Ortspolitik in den Beiräten versagt. Aus Bremen tauchen Planungen auf, die für helle Empörung sorgen. Nach den Sommerferien wollen sich die Aktivisten verschiedener Initiativen treffen, um den Druck auf Rathaus und Verwaltung zu erhöhen.**

VON VOLKER KÖLLING

**Bremen-Nord.** Michael-Seegelken-Kuhn von der Aktionsgemeinschaft Binnendüne ist praktisch der dienstälteste Sprecher einer Bürgerinitiative (BI) in Bremen-Nord. Als 2005 bekannt wurde, dass das Wohnungsbaunternehmen Gewosie 170 Wohneinheiten in die einzigartige Naturlandschaft der Bremer Schweiz setzen wollte, organisierten die Menschen an der Nordostecke Blumenthals den Widerstand. Man setzte eine Petition zum Schutz der Binnendüne durch. Doch achtete die BI laut Seegelken-Kuhn nicht genug auf den Spielraum in den Formulierungen der politischen Beschlüsse. „Damals hatten wir wenig Umgang und Erfahrung mit der Politik. Inzwischen haben wir gelernt, dass man Erbsen zählen muss wie die Verwaltung“, sagt er.

Binnen sechs Wochen hat die BI Binnendüne gerade 205 Unterzeichner für eine On-

linepetition bei der Bremischen Bürgerschaft gewonnen. Vorher waren es schon einmal 1700. Aktuell fordert man in dieser Petition, dass die Inhalte der letzten Petition auch tatsächlich eingehalten werden. Seegelken-Kuhn: „Man muss immer wieder in der Lage sein, sich breite Unterstützung einzuholen, damit der Landschaftsschutz wirklich umgesetzt wird. Wir sind auf lange Sicht ausgerichtet. Wir haben hier einen Erlebnis-Wanderpfad eingerichtet und wollen weiterhin für Blumenthal wirken.“

Während die Binnendüne in den acht Jahren des Widerstands die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert als Schirmherrin gewinnen konnte, hoffen andere Initiativen noch auf erste Gespräche mit einem Bremer Senator. In Sankt Magnus hätte man gerne ein Machtwort im Bauressort, damit nicht direkt an Knoops Park ein Großbauprojekt durchgezogen wird.

Und nur einige hundert Meter von der Binnendüne entfernt empören sich die Anwohner der Turnerstraße über die Neubaupläne der Stadt für ihre Straße. Friedhelm Hölzel hat vor gut zwei Wochen bei Regenwetter mehr als einhundert Nachbarn gegen „diese Form der Enteignung des Kleinbürgertums“ auf die Straße gebracht. Auf die Turnerstraßen-Anwohner kommen je nach Grundstück Zehntausende Euro an Forderung für den Straßenneubau zu.

„Ich bin ein Mensch, der Ungerechtigkeiten auf den Tod nicht ausstehen kann. Wir fühlen uns von der Politik komplett veräppelt“, sagt Hölzel. Hintergrund: Mit dem Neubau verlieren viele Anwohner Parkplätze vor ihren Häusern. Stattdessen bekommen sie mehr Bus- und Durchgangsverkehr in die Straße, die dann praktisch endgültig zum Zubringer für die B 74 wird. „Die anderen müssen ja auch bezahlen, wenn da neue Straßen gebaut werden, hieß es im Beirat lapidar. Tatsächlich haben wir nichts von dieser Straße und wollen sie so auch nicht.“ Inzwischen liest sich Hölzel abends mit Nachbarn in Urteile und Gesetzestexte ein, um sich gegen das, was sie hier als Willkür empfinden, besser zur Wehr setzen zu können.

## Initiativen werben um Fachleute

Diese stetige Professionalisierung in den BI ist überall zu beobachten. Mit einer machtlosen Ortspolitik und einer scheinbar übermächtigen Verwaltung konfrontiert, werben die Initiativen um Fachleute als Mitglieder, suchen nach versierten Fachanwälten und stellen eigene Gutachten gegen die – scheinbar – unanfechtbare Verwaltungsmeinung.

Wenn Heidrun Pörtner von der Bürgerinitiative für eine Sanierung des Tanklagers in Farge wie vor zehn Tagen vor einem vollen Saal voller Mitstreiter spricht, wirkt sie

fast zu sanft für ihre Funktion als BI-Sprecherin. Wie viele andere in den Bürgerinitiativen in Bremen-Nord hatte sie gar keine Erfahrung in der Organisation von Protest und Widerstand. Dann erlebte sie im Oktober in einer Beiratssitzung in Blumenthal, wie die Politik für den Erhalt der Arbeitsplätze im Tanklager votierte. „Ich war baff und habe angefangen, zu fragen und zu forschen. Ich staune immer noch, was alles unter dem Deckel gehalten worden ist“, sagt Heidrun Pörtner.

Inzwischen ist unstrittig, dass es massive Verseuchungen des Grundwassers aus dem Bereich des ehemaligen Bundeswehr-Tanklagers gegeben hat und dieses Gift ganz langsam auf die Bremer Trinkwasserbrunnen zuläuft. Gerade haben die Farger eine Reaktion des Umweltsenators auf ihre Petition erhalten. Darin werden gezieltere Informationen über Art und Ausmaß der massiven Kontaminationen im Tanklager abgelehnt, mit Hinweis darauf, dass die Bundeswehr auf Geheimhaltung poche.

Inzwischen war die BI bei Umweltsenator Joachim Lohse – und ist von dem Grünen-Politiker enttäuscht. Die Menschen in Farge fragen sich, warum ein Politiker dieser Couleur nicht den Mut hat, sich mit der Bundeswehr anzulegen – und für eine Sanierung des Gebietes sowie die endgültige Schließung des Tanklagers zu kämpfen.